

Aufgrund von Medienberichten im FT vom 30.01. und 31.01.2009 und der Pressemitteilung der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Frau Susanne Kastner (MdB), vom 29.01.2009 (siehe Seite 2) habe ich bei Frau Kastner folgendes am 02.02.2009 nachgefragt:

„Gibt es vom BMVBS oder der Obersten Baubehörde im Bayerischen Innenministerium eine Anweisung, dass die Pläne für eine bewirtschaftete Tank- und Rastanlage an der Maintalautobahn A70 bei Staffelbach (Oberfranken) verworfen werden und Planungen Seitens der Autobahndirektion Nordbayern sofort eingestellt werden sollen und der Standort bei Staffelbach niemals mehr in Betracht gezogen wird, egal was passiert?“

Am 04.02.2009 kam aus dem Büro der Abgeordneten Kastner nachfolgende Antwort:

„Vom BMVBS wurde uns mitgeteilt, dass der Prüfauftrag für Knetzgau und für den Autobahnabschnitt Bamberg-Bayreuth positiv ausgefallen ist und nunmehr prioritär behandelt wird. Auf die Zukunft des Standortes Staffelbach wurde nicht näher eingegangen, es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass der Standort nicht mehr auf der Prioritätenliste steht. Die Planung fällt nicht in das Aufgabengebiet des Bundesministeriums, sondern obliegt der Bayerischen Staatsregierung. Diese hat es in der Vergangenheit jedoch versäumt, entsprechende Planungsunterlagen einzureichen.“

Dazu:

Stellungnahme der Autobahndirektion Nordbayern und Oberste Baubehörde im Bayerischen Innenministerium vom 09.02.2009 wegen der falschen Darstellung durch bestimmte Medien, Gruppierungen und Politiker wegen einem angeblichen Aus der geplanten Tank- und Rastanlage bei Staffelbach.

Bereits am 22.03.2005 hat die Autobahndirektion Nordbayern das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) über den Standort bei Staffelbach informiert und die ersten Ergebnisse einer Grobuntersuchung mitgeteilt.

Am 22.11.2006 wurde dem BMVBS eine umfangreiche Standortuntersuchung mit Plänen und einer standortvergleichenden Studie gegenüber dem Standort bei Limbach vorgelegt. Am 29.10.2007 hat das BMVBS die Standortuntersuchung zum Standort Staffelbach genehmigt und den Auftrag erteilt, für den Standort westlich von Staffelbach den Vorentwurf zu erarbeiten. Das BMVBS war also ständig in die laufenden Planungen eingebunden.

Bei der Besprechung am 28.01.2009 zwischen der Projektgruppe „Autobahn-Parkplätze für Lkw“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und der Bayerischen Straßenbauverwaltung in Nürnberg wurde einvernehmlich vereinbart, mit dem Betreiber des privaten Autohofes Knetzgau Verhandlungen über eine mögliche Kooperation aufzunehmen. Dabei soll geprüft werden, ob eine Einbindung des privaten Autohofes möglich ist, mit der das verkehrsgefährdende Parken auf den überfüllten Parkplätzen entlang der A70 zwischen dem Autobahndreieck Werneck (A7) und dem Autobahnkreuz Bamberg beseitigt werden kann. **Bis zur Klärung wird die weitere Planung von Tank- und Rastanlagen an der A70 zurückgestellt. Eine Streichung von Tank- und Rastanlagenstandorten an der A70 wurde nicht beschlossen.**

Bernhard Dittrich
Sachgebiet 43
Autobahndirektion Nordbayern
Flaschenhofstraße 55, 90402 Nürnberg
*(0911) 4621-369 Fax: (0911) 4621-318
E-Mail: Bernhard.Dittrich[at]abdnb.bayern.de



Susanne Kastner, MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1 11011 Berlin Tel.: 030/227-77332 Fax: 030/227-76267

PRESSEMITTEILUNG

29. Januar 2009

Kooperationsvertrag für Knetzgau

Gespräch mit Karin Roth voller Erfolg

Berlin/Haßberge: Der Prüfauftrag der Parlamentarischen Staatssekretärin Karin Roth für die A 70 war ein voller Erfolg. Damit kann nun für den Autohof Knetzgau ein Kooperationsvertrag durch Public Private Partnership eingegangen werden.

„Das ist ein voller Erfolg.“ freut sich Susanne Kastner über das Ergebnis des Prüfauftrages. Damit kann ein Kooperationsvertrag zwischen dem Bund und dem privaten Unternehmen eingegangen und im Rahmen von Public Private Partnership der Autohof Knetzgau erweitert werden.

Das ist das Ergebnis des Prüfauftrages, den die Parlamentarische Staatssekretärin Karin Roth am 20. Januar 2009 beim Gespräch mit Bundestagsvizepräsidentin Susanne Kastner und Landrat Rudolf Handwerker an die Task Force „Tank & Rast“ erteilt hatte.

Darüber hinaus werde das Verkehrsministerium nun prioritär den Streckenverlauf zwischen Bamberg und Bayreuth untersuchen, da es dort bisher keinen bewirtschafteten Rastplatz gibt.